



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8,- Mk. - Anzeigen: die dreispaltige Pettzeile 2,- Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. - Sämtliche Postausfälle nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 11. bis 17. September 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 38 bezzeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Eisenach erhöht ab 1. Oktober den wöchentlichen Ortsbeitrag von 20 Pf. auf 30 Pf.

Diejenigen unserer Zahlstellenleiter oder Kassierer, die noch im Besitze überzähliger Exemplare von Nr. 31 der „Solidarität“ sind, werden gebeten, die Zeitungen an die Adresse der Redaktion zurückzusenden.

Der Verbandsvorstand.
S. A.: E. Bucher, i. Vorf.

Bekanntmachung

Das Tarifamt hatte den Tarifausschuß in seiner Sitzung vom 28. Juni d. J. um eine Auslegung über richtige Anwendung des Ferien-Stichtages ersucht. Eine Klarstellung ist in dieser Sitzung nicht herbeigeführt worden. Das Tarifamt war deshalb bei der Entscheidung über zahlreich vorliegende Streitfälle im Unklaren, was Rechtens sein sollte. Es beschloß deshalb, die Mitglieder jener Kommission des Tarifausschusses zu hören, die den 8. 11. des Tariffs vorbereiten und den 1. Mai als Stichtag festgelegt hatte.

Die Mehrheit der Mitglieder dieser Kommission hat sich ausdrücklich dahin ausgesprochen, daß durch Festsetzung des Stichtages auf den 1. Mai bestimmten Gehilfen, die im Vorjahre bereits Ferien erhalten hatten, durch Verleugnung des Stichtages in ihrem Ferienanspruch nicht gekürzt werden sollten. d. h. daß sie im Jahre 1921 auf Gewährung eines weiteren Ferienanspruch hatten, soweit sie nicht eben schon im Besitze von 15 Ferientagen waren. Mit dem Ferien-Stichtag sollte lediglich festgesetzt werden, daß Gehilfen, die am 1. Mai 1921 noch nicht neun Monate im Betriebe tätig waren, in diesem Jahre Anspruch auf Feriengewährung nicht erheben konnten.

Die vorliegenden Streitfälle hat das Tarifamt auch im Sinne dieser ausdrücklichen Auserkennung der Kommission erledigt. Firmen, die in diesem Jahre unter irrtümlicher Anwendung des Stichtages einzelnen Gehilfen die Gewährung eines weiteren Ferienanspruch verweigert haben, sind deshalb verpflichtet, diesen Gehilfen im nächsten Jahre den entzogenen Ferientag nachzubewilligen, falls sie nicht im Einverständnis mit den betroffenen Gehilfen zu einer anderen Regelung dieser Angelegenheit kommen können.

Berlin, 20. August 1921.

Die weitere Vervollständigung der Lebensbedingungen, deren Berücksichtigung dem Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker bei seinem Zusammentritt am 19. September d. J. obliegt, hat den Tarifausschuß veranlaßt, für die Aufkündigung ein Provisorium zu schaffen und bereits für den Monat September einen angemessenen Ausgleich in den Lohnbeständen vorzunehmen.

Es ist deshalb beschlossen worden, daß die nach dem bisherigen Abkommen den Gehilfen, Hilfsarbeitern, Hilfsarbeiterinnen und Lehrlingen im Monat September zu zahlende Wirtschaftsbeträge in demselben Monat zweimal zur Auszahlung zu kommen hat, und zwar in voller Höhe einmal am ersten Reichtage und das zweite Mal in derselben Höhe am letzten Reichtage des Monats September. Auf Wunsch der Beschäftigten ist der anteilige Betrag wöchentlich auszuzahlen.

Die zu zahlende Summe, gestaffelt nach drei Ortsgruppen und nach den Altersklassen, ist den Tarifpartnern durch Veröffentlichung des Tarifamtes vom 27. Juli bekanntgegeben worden. (Die diesbezügliche Bekanntmachung befindet sich in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 36 vom 5. August; im „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 89 vom 4. August; im „Eboarab“ in Nr. 32 vom 5. August; in der „Solidarität“ in Nr. 32 vom 6. August.)

Anzweihenden abgeschlossene örtliche Vereinbarungen behalten Gültigkeit und treten an Stelle dieses allgemeinen Abkommens; darüber hinausgehende Vereinbarungen sind deshalb nicht zu kürzen, darunter liegende

dagegen sind entsprechend dem allgemein gültigen Abkommen zu erhöhen.

Mit diesem neuen Beschlusse des Tarifausschusses sind alle örtlichen Forderungen und Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern als erledigt zu betrachten. Es ist Pflicht der Tarifparteien, diese Voraussetzung für die vom Tarifausschuß herbeigeführte schriftliche Beschlußfassung bestimmt zu befolgen.

Berlin, 30. August 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Hans Heenemann,
Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun,
Prinzipalvorsitzender.
Paul Schliebs,
Geschäftsführer.

Für die Verhandlungen des Tarifausschusses vom 19. September und folgende Tage haben die Gehilfenvertreter nachstehende Anträge eingereicht:

1. Es ist durch den Tarifausschuß grundsätzlich festzulegen, daß in dem besetzten Gebiet aller Tarifkreise und in den an diesen anrenzenden bzw. mit ihnen zusammenhängenden Gebieten eine Sonderzulage zu zahlen ist.
2. Nehi ist als Brückenlof besetztes Gebiet und wird das Kreisamt mit der Regelung der dortigen außerordentlichen Verhältnisse beauftragt.
3. Der Tarifausschuß wolle beschließen, daß die Besatzungszulage für den Kreis III auch im Kreisvorort Frankfurt a. M. zu zahlen ist, da die Feuerungsverhältnisse dort zum allermindesten die gleichen sind, als in den mit dem gleichen Lokalzuschlag besetzten, Frankfurt unmittelbar benachbarten Druckerorten Griesheim, Nied, Schwanheim und Bösch. Sollte eine Veränderung im Tarifausschuß nicht möglich sein, so ist das Kreisamt mit der Regelung der Angelegenheit zu beauftragen.
4. Das Kostloch der Febrinae ist den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen.
5. Festsetzung einer Reaktionszulage für den Tarifkreis XII nehm. Uebertragung dieser Festsetzung an das Kreisamt.
6. Aufhebung der Riffer 8 im § 7, betreffend Aufrechnung halber Ueberstunden.
7. Können Maschinenbetreuer Mitglieder der Tarifgemeinschaft werden?

Berlin, 5. September 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

S. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Vor den Verhandlungen

Die nun in naher Aussicht stehenden Verhandlungen des Tarifausschusses, deren vorläufiger einziger Gegenstand der Lageordnung der Anträge der Gehilfen auf Erhöhung der Löhne ist, haben naturgemäß bei der Arbeiterchaft des Buchdruckerberufes mehr oder weniger hochschwellige Erwartungen ausgelöst. Das kürzlich ergebnis der letzten Verhandlungen, die ja wieder erst durch den Schiedspruch vor dem Reichsarbeitsministerium zum Abschluß kamen, hat, da es alleseitig nicht befriedigte, überall im Reich zu Lohnbewegungen geführt. Für viele Gehilfen und Hilfsarbeiter sind dabei Zulagen vereinbart worden — in zwei Fällen allerdings unter Annahmeverweigerung des Tarifamtes — obwohl von der Prinzipalvereinbarung Maßnahmen für die Mitglieder herausgegeben waren, unter keinen Umständen Sonderabmachungen mit den Personalern zu treffen. Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins und die Prinzipalvertreter im Tarifausschuß schildern bei allen Aufnahmefähigkeit und Verhandlungen die wirtschaftliche Lage der Buchdruckerbetriebe herab, daß eine erneute, durch die Forderungen der Buchdruckerarbeiter notwendig werdende Bekämpfung des Gewerbes von ihnen auf keinen Fall getragen werden könne. Die Hinweise der Arbeitervertreter, daß die Ruhe im Gewerbe nur gewährleistet werden kann bei genügender Entzückung der Unternehmer, konnte sie von ihrem Standpunkt nicht abbringen.

Die Folgen haben sich gezeigt und die wiederholt vorzutragende Ansicht der Arbeiter bestätigt. Es kommt nicht darauf an, daß verhandelt und trachtend kommen getroffen wird, o nein, es müssen Vereinbarungen erzielt werden, die es den Arbeitern ermöglichen, wirklich mit ihren Löhnen bestehen zu können.

Von einer Verbesserung der ungeheuren Notlage der Arbeiter kann ja heute nicht mehr gesprochen werden, alle Versuche zur Erhöhung des Arbeitsverdienstes dienen nur dem Zweck, das Leben einigermaßen erträglich zu gestalten. In Versammlungen der letzten Wochen, und in vielen Aufschriften wurden Fragen an die Leitung der Organisation laut, ob man denn den Unternehmern nicht mit Nachdruck das Geden der Arbeiterschaft vor Augen geführt habe, man müsse, wenn dies gehörig gesehen wäre, doch sicher volles Verstehen gefunden haben. Die Arbeiter können einfach nicht begreifen, daß den Prinzipalen der Wied für die große Not ihrer Arbeiter fehlt. Die Zeitsämpfe im Reich, die sogenannten wilden Bewegungen, die die Organisationen, weil sie tariflich gebunden sind, nicht gutheißen und unterstützen haben, geben den Mitgliedern das Recht zu der Annahme, daß diejenigen, die tarifliche Abmachungen respektieren, die Dummen sind; wer sich darüber hinwegsetzt und Tarif eben Tarif sein läßt, erzielt Vorteile, wird sozusagen noch belohnt, weil er sich um die von der Organisation abgeschlossenen Verträge nicht kümmert.

Wir lesen oft in dem Fachblatt unserer Prinzipale — und unsere Vertreter mußten es sich oft von den Unternehmern sagen lassen —, daß die Organisationsleitung sich nicht mehr unbedingt auf die Gefolgschaft der Mitglieder verlassen kann und die vielgepriesene gewerkschaftliche Disziplin bedenklich gelockert ist, besonders sollen es die „jüngeren und radikalen Elemente“ sein, die wenig Achtung vor den Verträgen haben. Wie sieht es denn aber aus und von wem wird denn die Einhaltung einer Vereinbarung in Frage gestellt? Den Worten der Arbeitervertreter glaubt man nicht bei den Verhandlungen in vollem Umfang. Ihre Forderungen werden als übertrieben und gänzlich unannehmbar entkräftet zurückgewiesen, der Hinweis auf die wachsende Unruhe der vertretenen Arbeiter scheint als ein geschicktes Manöver ihrer Verbändler angesehen zu werden und wenn endlich nach vielem Ringen und Wirren die „friedlichen“ Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind und Resultate wie das letzte und vorletzte Mal erzielt haben, hat natürlich selbstverständlich die Verhandlungskommission das Kunststück fertig zu bringen, die Ruhe im Gewerbe aufrecht zu erhalten. Gelingt das nicht, dann fragt die „Zeitschrift“, was denn allgemein verbindliche Beschlüsse noch für einen Wert haben, wenn sich dieser oder jener Ort über die Beschlüsse und die tarifliche Ordnung hinwegsetzt. Die Beschlüsse haben allerdings nur dann einen Wert, wenn es m d a l i c h ist, sie einzuhalten. Die Arbeiter im Buchdruckerberuf sind, wie das Sachverhalte unserer Prinzipale ganz richtig vermutet, der Auffassung, daß die gewerbliche Lage noch viel bessere Ausstände hätte gestiftet.

Die Vorgänge in jüngster Zeit haben das auch bewiesen. Die Meinung der Prinzipalorganisation an ihre Mitglieder, nicht aus der Reihe zu tanzen, ist vielerorts nicht befolgt worden. In nicht wenigen Städten sind die Forderungen der Gehilfen und Hilfsarbeiter bewilligt worden und wenn man will, kann man sagen, die Leitung der Unternehmerorganisation hat ihre Mitglieder auch nicht fest in der Hand. Von einer politischen Beeinflussung, durch die nach der „Zeitschrift“ bei den Arbeitern „der klare Blick für das, was dem Gewerbe frommt, völlig verloren gegangen“ ist, kann gar keine Rede sein. Radikale und Gemäßigte, Junge und Alte haben in hoher Eintracht und alle haben das brennende Verlangen, aus ihrer wirtschaftlichen Notlage herauszukommen. Die Organisationsvertreter lehnen es daher ab, das selbständige örtliche Vorgehen mancher Prinzipale in den vergangenen Wochen auf ihr Schuldbüchlein zu nehmen. Die Schuld daran trägt die Prinzipalität allein, der anscheinend der klare Blick für das, was der Arbeiterschaft frommt, verloren gegangen ist. Botan das liegt, laßt der „Korrespondent“ in einem Artikel „Zur gegenwärtigen Lage“ sehr treffend:

„Es haben sich in den letzten Jahren zu viel Fremde in der Prinzipalorganisation eingestellt, die von dem Zusammenhang der Realitäten im sozialen und gewerblichen Leben mehr theoretische als praktische Kenntnisse haben. Dadurch wurde die Spannung zwischen praktischer Gewerbe- und organisatorischer Machtvollkommenheit immer größer und führte letzten Endes zu einer immer stärkeren Scheidung der Geister.“

Und im Anschluß an diese Kennzeichnung der inneren Wandlung im Deutschen Buchdruckerverein kann das Organ der Gehilfen Mittelwege machen, wie die Prinzipale in ihren Kreisen Tarifpartner achten. Einem Unternehmer, der aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen

wurde, ist die ehrenvolle Aufgabe zugefallen, bei der Generalversammlung in Bad Wildungen für die Prinzipalorganisation die Repräsentationspflichten zu übernehmen. Es ist natürlich etwas anderes, ob die Arbeiter, durch Not und Verzweiflung gezwungen, gegen das Tarifgesetz verstoßen oder ein Unternehmer die tariflichen Bestimmungen mißachtet, weil er die festgelegten „hohen“ Löhne nicht zahlen will. Einen andern Grund wird er für sich kaum geltend machen können. Die Unternehmer aber, die die „fünfdigen“ Arbeiter mit dem Bannfluch belegen, tragen ihrem „fehlenden“ Kollegen ehrenvolle Mitleid an. Nun werden wir uns weiter nicht mehr darüber wundern brauchen, über die Behandlung der Lohnfragen von den Vertretern des Deutschen Buchdruckervereins, wenn nicht tarifreue Mitstreiter der Prinzipalorganisation und Fremdlinge im Gewerbe bei unseren Prinzipalen die Lohn- und Gewerbestellung beeinflussen.

Die „Zeitschrift“ schreibt über diese Stellungnahme des „Korrespondent“ erboht: „Mit den kleinlichen Mitteln versucht das Verbandsorgan (der Geschliffen) Mißstimmung zu erregen... Es ist traurig, daß derlei völlig nebensächliche Dinge zum Scharfmachen der Geschliffen benutzt werden.“ Da sieht man wieder, wie ganz verschieden die Auffassungen von Arbeitern und Unternehmern über denselben Gegenstand sein können. Aus der Mißachtung tariflicher Pflichten eines Unternehmers wird ein „völlig nebensächliches Ding“ von den Prinzipalen gemacht und die Mißachtung der Mitstreiter über die gewerblidhe Lage ist „Scharfmachen“ und „Mißstimmung erregen“, als ob das noch eine Organisationsleitung bei der Notlage der Arbeiterschaft und der Haltung der Prinzipale im Buchdruckergewerbe nötige hätte.

Die Wünsche des Hilfsvereins für die kommenden Verhandlungen des Tarifauschusses erscheinen bei der Ueberflut der eingehenden Aufschriften und der in den Mitstreiterberathungen angenommenen Entschlüssen durchaus berechtigt. Unsere Kollegen und Kollegen wenden sich hauptsächlich gegen eine weitere Staffelung der Lohnzulagen nach Alter und Familienstand. Außerdem werden dieselben Sätze gefordert, wie sie den Geschliffen zugesprochen werden, ohne die üblichen prozentualen Abschläge. Bei der herrschenden Teuerung, so wird argumentiert, leiden die Hilfsarbeiter in demselben Maße, wie die aeltesten Kollegen, und da die Lohnunterschiede schon jetzt groß genug sind, um die unterschiedliche Bezahlung von gelehrtem und ungelernem Personal zu rechtfertigen, darf die Differenz durch die Wirtschaftsbekämpfung und Teuerungszulagen nicht weiter vergrößert werden. Bei Sonderbewegungen ist diese Forderung schon hier und da auch erreicht worden. Tarifliche Bestimmungen stehen der Geltendmachung dieser Forderung nicht entgegen.

Die letzte Bekanntmachung des Tarifamts, die nicht in der ganzen Auflage der Nr. 36 der „Solidarität“ Aufnahme finden konnte, bringt für alle diejenigen im Gewerbe, die Ruhe gehalten haben, einen gerechten Ausgleich. Die Verordnungen der Wirtschaftsbekämpfung für den Monat September soll als Abschlagszahlung für die enorm steigende Teuerung gelten. An unsere Mitstreiter ergeht der Ruf, sich unbedingt an die zentralen Organisationen zu halten und nicht in Teilbewegungen die einseitige Aktion zu schwächen. Alle Inhaber des Gewerbes werden von der wirtschaftlichen Not gleich schwer betroffen. Wir müssen, um aus dem Elend herauszukommen, alle gemeinsam handeln. Solange von der verantwortlichen Organisationsleitung der Tarifheringa anerkannt ist, müssen wir uns demselben, ihn einhalten. Wenn drückendes Vorehen aus hier und da einen Erfolg bringt — manchmal ist es nur ein vermeintlicher, sieht man dabei den abtrachtlichen Einseit in Betracht —, so hat doch die Allgemeinheit wenig oder nichts davon. Die Solidarität veranlaßt unbedingt für alle Kollegen und Kolleginnen gleiche Rücksichtnahme.

Die Pflichten der Betriebsräte und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft

Von W. Landau.

Jede Revolution verkündet am Anfang ihr Endziel durch einen Kampfesruf, der wie ein Symbol von den Massen vorgetragen wird. Der Sturz der Aristokratie und die Herrschaft der bürgerlichen Demokratie war das Ziel der großen französischen Revolution, die Europa erschütterte, die Könige erschredeten und erzittern ließ, und die auf ihre fliegenden Fahnen die Worte schrieb: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“

Mit diesem Ruf auf den Lippen aller wurde die Bastille erklammert, der Convent eröffnet, der König entthront und schließlich, die Republik proklamiert und gegen die feindlichen Heere siegreich verteidigt. Im Schoß der Weltrevolution liegt das große Ziel: Sturz der bürgerlichen Demokratie und Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, der Herrschaft der Arbeit, unter welcher alle Menschen Arbeiter und alle Arbeiter Menschen sein werden. Als diese Revolution erstmalig mit proletarischen Zielen in die Arena der Geschichte trat, da erzielten die Bestehenden der Erde und gleichsam wie mit Besaunen ward ihr Durchbruch verkündet durch den Ruf: „Alle Macht den Räten!“

Dies ist das Stichwort, durch welches sich die soziale Revolution von allen bürgerlichen Revolutionen unterscheidet und daher war ihr Geburtschrei in Rußland sowie in Deutschland und Oesterreich überall derselbe, und Rosa Luxemburg sagte: „In welchem Lande auch die proletarische Revolution, gleichviel in welcher Form, zum Ausbruch kommt, ihre erste Geste wird sein, die Bildung von Räten.“

Das Bürgertum forderte in seinen Revolutionen den Parlamentarismus, um damit seine Herrschaft im Staate aufzurichten, das Proletariat hingegen muß kämpfen um die Rätediktatur, weil es nur mit diesem Instrument die Herrschaft der Arbeit besetzen kann.

Diese soziale Revolution ist natürlich an die realen politischen, wirtschaftlichen Verhältnisse gebunden, ihren eburnen Gesetzen unterworfen, und sie ist niemals zu denken als eine elementare Explosion in allen Ländern der Welt, sondern sie wird sein ein jahrzehntelanges Ringen und Kämpfen, welches systematisch die kapitalistische Wirtschaft durch die verschiedensten Etappen hindurch bis zum Sozialismus umformen wird.

Der fortschreitende Weg dieser sozialen Revolution ist vorgezeichnet und bedingt durch die Aufwärtstendenz der Menschengeschichte und das Tempo wird beschleunigt durch die katastrophalen Widersprüche, die der Weltkrieg hinterlassen hat und die unter den bestehenden ökonomischen Verhältnissen nicht mehr zu lösen sind. Selbstverständlich kann niemand hinter den Schleier der Geschichte sehen und wir können das Wesen der Zeit nur erkennen und bewerten durch die tatsächlichen Ereignisse. Daher kennen wir weder die Formen dieser sozialen Revolution, noch vermögen wir ihre Dauer auch nur annähernd zu überschauen.

Die Geschichte überbringt keine Etappe ungestraft, und wir können uns sehr wohl vorstellen, daß die nächste Phase in der Entwicklung noch lange nicht der Sozialismus, aber eine Art Gemeinwirtschaft sein wird, in welcher die Arbeiter, Angestellten und Beamten eingereiht werden, um an Hand der Erfahrung und mit Hilfe theoretischer Kenntnisse jenen Reifegrad zu erlangen, der sie befähigt, Träger der nächsten Wirtschaft- und Kulturstufe zu sein. Der politische Ungehobene und Naive denke aber hierbei auch für seine Person stets an die Worte Karl Liebknechts in seinem letzten Artikel in der „Roten Fahne“:

„Ob wir dann noch leben, wenn es erreicht wird — leben aber wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“

Wir dorthin ist der Weg noch weit und beschwerlich, er führt über Siege und Niederlagen, denn er bedeutet den Aufstieg und letzten Endes die Herrschaft einer seit Jahrhunderten unterdrückten Klasse und heißt darum mit Recht: „Der Golgathaweg des Proletariats.“

Wären wir nun einmal zurück auf diesen Wegbezug des deutschen Proletariats seit dem 9. November, so finden wir außer allen historischen Notwendigkeiten unendlich viele Schwächen und Mängel, die vielleicht zu erklären sind aus der besonderen geistigen Unterdrückung durch die preussische Monarchie und der daraus resultierenden politischen Unreife des deutschen Volkes überhaupt, und außerdem durch die geistige Einstellung der deutschen Sozialdemokratie vor und während des Weltkrieges, die dahin führte, daß die Arbeiterschaft gänzlich unvorbereitet und hilflos den katastrophalen Ereignissen gegenüber stand.

Nur so sind all die Irrtümer und Missionen der Arbeiter- und Soldatenräte zu erklären, nur so war es möglich, daß die deutsche Revolution von den ersten Tagen ihrer Existenz so rasch in die Erde kam und ihre historische Mission nicht erfüllte.

Das Stichwort der proletarischen Revolution, „Alle Macht den Räten“ hat in Deutschland noch nicht vermocht, die parlamentarische Mission zu zerbrechen, aber diese Parole hat dennoch ein berartige Wirkung ausgeübt, daß es der revolutionären Arbeiterschaft möglich war, unter Einsetzung von Gut und Blut, durch den Generalkrieg im März 1919 der Nationalversammlung in Weimar ein Verbot zu erteilen, wonach dann die Räte in die Verfassung des Deutschen Reiches aufgenommen wurden.

Die Lösung der sozialen Revolution ist dadurch ebensowenig erfüllt als durch das famose Betriebsrätegesetz, welches wegen seiner Schwächen und Unzulänglichkeiten noch nicht einmal im entferntesten den notwendigen Bedürfnissen unserer Zeit entspricht und dessen Verbesserung im proletarischen Sinne geradezu ein Gebot des Tages ist.

Aber trotz all der Mängel und Fehler ist das Betriebsrätegesetz eine ideale Errungenschaft und der aelteste Niederschlag der bisherigen deutschen Revolution, und ist zu betrachten als eine Station auf dem Wege der Emanzipation der Arbeiter und Angestellten. Unsere Aufgabe muß es sein, dieses Instrument im Klassenkampf zu benutzen, um damit wirksam proletarische Interessen zu vertreten und gleichzeitig Erfahrungen und Kenntnisse im einzelnen Betrieb sowie im gesamten Wirtschaftsleben zu sammeln.

Leider ist aber festzustellen, daß das Betriebsrätegesetz nicht in der vorerwähnten Weise von der Arbeiter- und Angestelltenchaft bewertet und gewürdigt wird und daß an vielen Stellen sich Zustände herausgebildet haben, als hätte es niemals einen 9. November gegeben.

Ja, zum Teufel, wozu hat die deutsche Arbeiterschaft mit ungeheuren Opfern um den Rätegedanken gekämpft, wenn die wenigen eroberten Rechte nun achselzuckend geworfen werden? Wenn die Proletarier die Früchte ihrer Politik selbst verkaufen lassen, dann brauchen wir uns nicht zu entrüsten, wenn unsere Gegner diese Früchte vollends zertreten. Eine solche Stellungnahme schwächt die Position des Arbeitnehmers und führt jene des Arbeitgebers.

Das Betriebsrätegesetz, so recht und schlecht wie es ist, stellt immerhin einen Faktor im Wirtschaftsleben dar und bietet in vielen Punkten bei geschickter Anwendung eine Handhabe, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Arbeiterschaft im Betrieb aufgehoben ist und daß die Arbeitgeber alle Maßnahmen und „Dienstvorschriften“, soweit sie die Arbeiterschaft betreffen, nur mit dem Betriebsrat vereinbaren können.

Dazu ist allerdings notwendig, daß die Belegschaft eines jeden Betriebes den Betriebsrat als eine Institution anerkennt, denn sie alle ihre Wünsche, Beschwerden und Forderungen, die den Betrieb betreffen, zu unterbreiten hat. Nur der Betriebsrat darf die Stelle sein, an welche sich jeder Arbeiter und Angestellte in diesen Fällen zu wenden hat und es kann nicht angehen,

daß der einzelne sich wiederum, wie in vornovemberlichen Zeiten, an den Arbeitgeber mit seinem Anliegen wendet, um irgendwelche persönliche Vorteile zu erreichen. Dadurch wird die Stellung des Betriebsrats erschüttert und er wird vor den Augen des Arbeitgebers desavouiert.

Hat aber einmal der Betriebsrat mit dem Arbeitgeber irgend eine Abmachung getroffen, dann muß dieselbe von der Belegschaft des gesamten Betriebes anerkannt und respektiert werden. Außerdem aber müssen sich die Betriebsräte ihrer Stellung bewußt sein, die sie im heutigen Staats- und Wirtschaftsleben einnehmen und die sich ergibt aus dem Artikel 165 der Reichsverfassung, in welchem es u. a. heißt:

„Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiteräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiteräten und in einem Reichsarbeiterat.“

Danach ist also jeder Betriebsrat ein Glied der Verfassung des „Deutschen Reiches“ und mit diesem Bewußtsein muß jeder seine Tätigkeit ausüben, sowie von diesem Gesichtspunkte aus die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft die Betriebsräte betrachten muß.

Um in diesem Sinne zu wirken, ist es geradezu Voraussetzung, daß jeder Betriebsrat über gewisse praktische und theoretische Kenntnisse verfügt, ohne die er die Dinge nicht meistern wird, die ihm die Verhältnisse jede Stunde vorsetzen können. Dazu gehört in allererster Linie die genaueste Kenntnis des Betriebsrätegesetzes; dieses muß für ihn ein Brevier sein, welches er jederzeit, in allen Situationen, im Interesse seiner Auftraggeber benutzen können muß.

So richtig es ist, daß die Macht des Betriebsrates abhängen wird von der geistigen und politischen Einstellung seiner Auftraggeber, so richtig ist es aber auch — bei voller Anerkennung des Standpunktes Laßalles in seinen Verfassungsfragen — daß, wenn die Belegschaft eines Betriebes noch so wenig Klassenbewußtsein und Solidarität besitzt, der Betriebsrat seine gesetzlichen Rechte und Befugnisse trotzdem jederzeit ausüben kann. Dadurch unterscheidet sich ja der Betriebsrat von den früheren Arbeiterausschüssen, die nur dann vom Arbeitgeber anerkannt wurden und ihre Tätigkeit nur dann ausüben konnten, wenn die betreffenden Berufsangehörigen mit der entsprechenden politischen Einstellung und gewerkschaftlichen Macht dahinter standen.

Also, trotz aller Passivität ihrer Auftraggeber können und müssen die Betriebsräte auf ihrem Posten stehen, auf den sie ihre Klaffe hingestellt hat, denn sonst geben sie deren Rechte und sich selber preis.

Zur weiteren Information gehört hinzu die Kenntnis der verschiedensten Auslegung der einzelnen Punkte des Betriebsrätegesetzes durch die Schlichtungsausschüsse, Gewerbegerichte usw.

Wenn dann noch der Betriebsrat durch Fälsche und Kurios die einfachsten Dinge von Ursache und Wirkung und die elementarsten Zusammenhänge des gesamten Wirtschaftslebens in einer Beschleunigung zur Politik begriffen hat, dann hat er jenen Reifegrad erreicht, der ihn befähigt, das zu sein, was jeder Betriebsrat sein muß: Träger der kommenden Wirtschaftsformung, Pionier für den Sozialismus.

Wenn alle Lohnempfänger im allgemeinen und die Betriebsräte im besonderen mit dieser geistigen Einstellung das Betriebsrätegesetz als eine Frucht der Revolution bewerten, die uns wahrlich nicht in den Schoß fiel, sondern unter ungeheuren Opfern erkämpft wurde, dann wird und muß jeder Proletarier dieses ureigenen Wert seiner Klaffe hüten und verteidigen, denn es ist eines jener vielen Mittel, mit welchen wir den „Golgathaweg des Proletariats“ abtzen, seine Niederlagen vermeiden und seine Siege vermehren.

Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

Halle.

Am 15. August wurde mit den Firmen Max Joubert, Carl Warncke folgendes Abkommen getroffen: Den männlichen Hilfsarbeitern wird ab 12. August bis 1. September eine wöchentliche Zulage von 15.— M., den Arbeiterinnen für die gleiche Zeit eine wöchentliche Zulage von 10.— M. gewährt. Außerdem treten, wie auch bereits früher vereinbart, die Leipziger Löhne bzw. Zulagen mit einem Abschlag von 2½ Prozent in Kraft. Ab 2. September würde sich die Lohnzahlung also nach dem in Leipzig abzuschließenden Tarif richten. Sollte der Leipziger Tarif höhere Löhne bzw. Zulagen ergeben, so würde diese Differenz ab 2. September am 30. September nachgezahlt werden. Die Firmen sind auch bereit, die Arbeitszeit den Leipziger Verhältnissen anzupassen, wenn das Ergebnis von Leipzig bekannt ist.

Aus unseren Zahlstellen

Berlin. Die am 26. August stattgefundene Mitstreiterberathung beschäftigte sich auf Beschluß einer vorbereitenden Versammlung mit dem Abschluß des Kollegen Krummrei seitens des Hauptvorstandes und Beirats. Krummrei hatte trotz Warnung in Nr. 5 der „Solidarität“ am polygraphischen Kongress in Moskau teilgenommen. Nach einer ausgedehnten Diskussion wurde folgender Antrag angenommen:

„Die heutige Versammlung beauftragt den Ausschluß des Kollegen Krummrei und erudt den Ortsvorstand, den Hauptvorstand zu ersuchen, den Ausschluß zurückzunehmen. Falls dies der Hauptvorstand ablehnt, wird Krummrei als Einzelmitglied der Ver-

liner Zahlstelle geführt, bis der nächste Verbandstag endgültig beschlossen hat.

H. M. o. r. i. b.
Bei der Beratung des Ortsstatuts wurde die Vorlage des Vorstandes mit einem Antrag Moritz zu § 6 Abs. 4: „Anträge, die eine Neu- und Urvwahl der Angestellten und beabsichtigten Vorstandsmitglieder bezwecken, müssen von mindestens 20 Mitgliedern unterschrieben sein. Die Verhandlung dieses Antrages geschieht in einer Versammlung, deren Tagesordnung mindestens eine Woche vorher zur Kenntnis der Mitglieder gebracht ist. Zur Annahme dieses Antrages ist eine Zweidrittel-Majorität der anwesenden Mitglieder erforderlich“, angenommen. Unter Verschiebenem wies Kollege Sloth auf die Bewegung infolge der Brotverknüpfung in mehreren Betrieben hin, betonend, daß der Ortsvorstand bei den Prinzipalen eine Ausgleichszulage in Höhe der doppelten Mitgliedsbeiträge für die Monate August und September beantragt habe. In Betrieben, wo schon Bewegungen eingeleitet sind, sollen die Kollegen besonnen vorgehen, in den anderen Betrieben wird seitens der Organisation vorgegangen werden. Auf alle Fälle muß eine Veretzung der Kräfte verhindert werden. Ferner wurde bekannt gegeben, daß für den 10. September zum Großen Schauspielhaus Billets pro 7 Mk. im Büro zu haben sind. Für die Jugendkollegen sind 100 Billets zur Treptower Sternwarte gratis im Büro zu haben. Damit trat Schluß der Versammlung ein.

Frankfurt a. M. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 29. August nahm die Kollegenschaft den Bericht über den Erfolg der auch hier erhobenen sogenannten Essener Forderung entgegen. Kollege Kalb als Berichterstatter konnte im Hinblick auf das sehr minimale Ergebnis wenig Vorbeeren ernten. Nach der neuen Vereinbarung wird die Septemberrate der Wirtschaftsbeihilfe am 2. und 16., also doppelt bezahlt.

Harburg a. d. Elbe. Auf Grund des Schiedsspruches vom 25. Juli des Reichsarbeitsministeriums ersuchte die Gesamtkollegenschaft aller graphischen Verbände die hiesigen Prinzipale um Unterzeichnung einer Sitzung zwecks Erhöhung der minimalen tariflichen Feuerungszulage, was jedoch mit der Motivierung, durch Hannover gebunden zu sein, abgelehnt wurde. Nach erneutem betriebsspezifischen Vorgehen erklärte man sich zu einer Aussprache bereit. Das Resultat waren folgende Zulagen: Verheiratete Gehilfen (Buchdrucker, Buchbinder) monatlich 65 Mk., ledige Gehilfen und sämtliche Hilfsarbeiter monatlich 40 Mk., Anlegerinnen und Buchbinderinnen 25 Mk. Zahlbar in der letzten Lohnwoche der Monate August und September. Eine anerkanntswürdige Ausnahme machte das hiesige Parteiblatt, das sich schon vorher bereit erklärte, eine Zulage von 65 Mk. pro Monat an alle männlichen Arbeitnehmer und 40 Mk. pro Monat für Anlegerinnen zu gewähren.

Die am 20. August einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den statischen Lohnverhandlungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Eißner bekannt, daß unsere Kollegin Joh. Nilson gestorben sei. Nach einigen in das Leben der Verstorbenen zurückgreifenden Worten ehrte die Versammlung das Andenken der Toten in der üblichen Weise. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zur Vertagung des Saugtages auf Frühjahr 1922 wegen des dann in Hamburg stattfindenden Verbandstages. (Das ist ein Irrtum, der Verbandstag findet erst 1923 in Hamburg statt. Die Redaktion.) Ein Schreiben des Gewerkschaftsrates, auf Anhörung eines Paragrafen an die tariflichen Tarife hinzuwirken, um die Einkünfte der produktiven Erwerbslosen für die soziale Wahrung zu lenken, wurde, da für uns der Reichstaxtarif besteht, nicht erörtert. Festgestellt wurde, daß bis auf das Hilfspersonal der Firma F. C. Wertram alle die Zahlung der Beiträge leisten. Eine rege Aussprache veranlaßte der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums als auch die gewährte Zulage. Allgemein ist man der Ansicht, „unter den Schritten gekommen zu sein.“ Die Kollegenschaft verurteilte aufs schärfste die große Differenz zwischen Buchdrucker und Anlegerinnen, die durch die ungerechte Staffellung der tariflichen Zulagen noch vergrößert wird. Als Lausache wurde hervorgehoben, daß keine Anlegerin heute 55 Prozent der Buchdruckerlöhne erhält. Die Zeit des „Mauerblümchenschießens“ in allen Beziehungen müßte, obwohl sich die Kollegenschaft der schwierigen Frage wohl bewußt ist, doch endlich vorbei sein. Folgende Resolution erlangte einstimmige Annahme:

„In Hinblick auf die im September stattfindende Sitzung des Tarifausschusses lehnt die Kollegenschaft jede außerordentliche Extratour ab, erwartet jedoch vom Hauptvorstand eine energiereichere Vertretung ihrer Interessen.“

Döbenuberg. In einer am 9. August sehr zahlreich besuchten Versammlung berichtete Kollege Wuttelmann über die Verhandlungen des Tarifausschusses und den vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch, der in gar keiner Weise den ungemein erschwerteren Lebensverhältnissen Rechnung trägt. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde anerkannt, daß diesmal alle Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen Anteil an der Wirtschaftsbeihilfe haben. Da aber die Verteuerung der Lebensverhältnisse für Gehilfen sowohl wie für Hilfsarbeiter dieselbe ist, jedoch die Feuerungszulagen der Hilfsarbeiter weit hinter denen der Gehilfen zurückstehen, muß mit aller Macht darauf gedrungen werden, daß bei den in Zukunft den Gehilfen gewährten Feuerungszulagen die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen dieselben Sätze erhalten. Die hiesige Kollegenschaft ersucht deshalb die Hilfsarbeitervertreter im Tarifausschuß, bei weiteren Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe die den Gehilfen gewährten Feuerungszulagen in gleicher Höhe auch für das Hilfspersonal zu fordern.

Rundschau

Gegen die Reaktion und den politischen Mord hat auch der Vorstand des A. D. G. B. aufgerufen. In der Tagespresse wurde schon über die von den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eingeleiteten Schritte bei der Reichsregierung berichtet. Die Vertreter der Arbeiter verlangten vom Reichsfinanzler, den schamlosen Treiben der Nationalisten nachdrücklich entgegenzutreten und alle Maßnahmen zum Schutze der Republik zu ergreifen. Der Reichsfinanzler versprach rücksichtslose Bekämpfung der einseitigen Mißstände und bekräftigte lebhaft die Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft. Die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen werden unseren Mitgliedern bekannt sein. Aus dem Aufruf sei folgende Stelle unsern Kollegen und Kolleginnen zur Beherrschung bringend empfohlen:

„Arbeiter! Angestellte! Beamte! Mit dem gefällten Schritt Eurer Vertreter kann es nicht sein. Bewenden haben. Auch die tatkräftigste Zeitung des Reiches wird die inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur solange und soweit niederhalten können, als sie unterstützt wird von der überzeugten Mitarbeit der republikanisch gesinnten Bevölkerung des Reiches. Scharf Euch darum zusammen zum Schutze der republikanischen Demokratie, verneht, was Euch sonst trennen mag, laßt allen Brüderzwist und vereinigt Euch mit allen, die guten Willens sind, die Widersacher der Republik zurückzudrängen, damit die Reaktion erkennen muß, daß sie einem geschlossenen Volk des arbeitenden deutschen Volkes gegenübertsteht.“

Ein neues Lohnabkommen für die Eis- und Kartonnagenarbeiter war Grund zu einer vom 26. bis 29. August in Weimar geflogenen Verhandlung zwischen Vertretern des Buchbinderverbandes und der in Betracht kommenden Unternehmerorganisation. Obwohl sie seinerzeit mit den Unternehmern getroffene Vereinbarung über die Lohnsätze noch Geltung bis Ende September hat, sahen sich die Kollegen vom Buchbinderverband durch die ja allen Arbeitern gleich drückend fühlbar gewordenen wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, mit neuen Lohnforderungen an ihre Prinzipale heranzutreten. Die Unternehmer waren auch zu Verhandlungen bereit, die aber, wie wir der „Buchbinder-Zeitung“ entnehmen, zu keinem der Arbeitervertreter befriedigenden Ergebnis geführt haben. Sie konnten die gebotenen Feuerungszulagen nur vorbehaltlich der Zustimmung aller in der Eis- und Kartonnagenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen annehmen. Die neue Vereinbarung wird also den Mitgliedern zur endgültigen Annahme oder Ablehnung vorgelegt. Die Entscheidung darüber wird durch eine Urabstimmung herbeigeführt werden. Die neue Vereinbarung sieht eine Erhöhung des Stundenlohnes ab 1. September von 45 Pf. bis 55 Pf. für Facharbeiter in allen Ortsklassen vor, gefasst nach den Ausbildungsjahren. Bei den Hilfsarbeitern sind, nach den Altersklassen verschieden, neun Abstufungen vorgesehen, die zwischen 30 Pf. und 55 Pf. liegen. Die Zulagen bei den Facharbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen bewegen sich zwischen 20 Pf. und 40 Pf. Am 15. November sollen diese Zulagen erhöht werden, so daß dann die beabsichtigten Arbeiter in Berlin und der 1. bis 3. Ortsklasse 1,10 Mk. und die Arbeiterinnen 55 Pf. erhalten. Für Akkordarbeiter ist ab 1. September ein Zuschlag von 12 1/2 Prozent, ab 15. November von 15 Prozent vorgesehen. Auch im Falle der Ablehnung bei der Urabstimmung, die am 12. September abgeschlossen sein muß, sind diese Vereinbarungen bis 30. September für beide Teile verbindlich. Die Arbeitervertreter im Tarifausschuß empfehlen den Mitgliedern, die Zugeständnisse der Unternehmer anzunehmen.

Die Vereinbarung soll, immer vorausgesetzt, daß sie angenommen wird, bis 31. Dezember d. J. Geltung behalten, doch wollen die Unternehmer, wenn die Feuerung anhält, ab 31. Oktober in neue Verhandlungen eintreten.

Der Arbeitsmarkt im Monat Juli zeigte nach den statistischen Erhebungen, die das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht, eine weitere Besserung. Erste- und Saisonarbeiten waren als Ursachen des besseren Geschäftsganges anzusehen, allerdings scheint es, als ob der Höhepunkt der günstigen Entwicklung bereits erreicht oder gar überschritten wurde. Die Beschäftigung ungelernerter und weiblicher Arbeiter ließ in einigen Industrien schon nach.

Das war hauptsächlich aus den Berichten der Frankentassen zu erkennen, die am 1. August wohl noch eine Zunahme der Beschäftigten von 0,4 Proz. meldeten, das sind 0,2 Proz. weniger als im Juni, der ebenfalls schon eine geringe Zunahme gegen den Vormonat erkennen ließ.

Die Arbeitslosigkeit der organisierten Arbeiter wies erneut einen Rückgang auf. Dasselbe ist aus der Statistik der unterstützten Erwerbslosen zu entnehmen. In den Gewerkschaften waren von den Mitgliedern am Stichtage, 30. Juli, 2,5 v. H. ohne Arbeit gegen 3 v. H. im Vormonat. In unserm Verband kamen auf je 100 vom Bericht erfasste Mitglieder 0,9 Arbeitslose. Für alle graphischen Verbände erlaßt sich folgendes Bild:

	Mitglieder	Auf 100 Mitglieder kamen Arbeitslose					
		Juni		Juli		Juli	
		m.	w.	m.	w.	Juli	
Buchbinder	79333	5,1	2,7	3,4	1,7	2,6	3,2
Buchdrucker	74300	1,7	—	1,7	1,5	—	1,5
Hilfsarbeiter	41205	1,5	1,2	1,3	0,6	0,9	—
Lithographen	18804	2,5	9,6	2,7	1,7	5,6	1,8
Graph. Zentralverband	6530	0,4	0,9	0,7	0,5	1,0	0,8
Güterberg-Zund	2987	1,0	—	1,0	1,1	—	1,1

Am 1. August wurden unterstützte Erwerbslose im Reich gezählt 300 324. Die Zahl ist gegen den 1. Juli um 39 386 gesunken.

Heimatlose Buchdrucker. Auswanderer aus dem Osten, gefestigt Alters, mit allen technischen Arbeiten (auch Maschinenseher) vertraut, sucht entsprechende Beschäftigung als Stütze des Faktors, Korrektor, Metteur, auch im Büro oder Expedition in größerer Stadt Brandenburgs, auch Berlin.

Offene Stellen erbittet das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239.

Eingegangene Druckschriften

Die Einigung der Arbeiterklasse hat in letzter Zeit an Aktualität infolge der veränderten Fassung der beiden sozialistischen Parteien wesentlich zugenommen. Diese Tatsache tritt in allen Parteiversammlungen und Pressebesprechungen immer mehr in Erscheinung. Auch ist es zu erwarten, daß die Frage der Einigung einen breiten Raum in den Verhandlungen des kommenden Parteitages der S. P. D. in Götting einnimmt. Bekanntlich wird in den breiten Schichten der Arbeiterklasse das Problem der Einigung viel zu oberflächlich aufgefaßt. Man begnügt sich zumeist damit, die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte und den Wunsch nach Einigung zum Ausdruck zu bringen, ohne jedoch die Voraussetzungen genügend zu erörtern, unter denen, vom Standpunkt der sozialdemokratischen Partei betrachtet, allein eine Einigung möglich ist.

Zur Klarstellung dieser Voraussetzungen soll eine Broschüre dienen, die der Vorwärts-Redakteur, Genosse Viktor Schiff, verfaßt hat, und die bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, unter der Ueberschrift „Die notwendige Einigung der Arbeiterklasse — Möglichkeiten und Voraussetzungen“ zum Preise von 2,— Mk. erschienen ist.

Die Sozialistische Gemeinde Nr. 17 ist soeben erschienen. Sie erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1 Mk., vierteljährlich 6 Mk. — Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteiluchhandlungen.

Briefkasten

L. Harburg. Bitte senden Sie Ihre Manuskripte für die Folge direkt der Redaktion zu.

Es. Frankfurt a. M. Die Zusendung erfolgt vom 1. Oktober ab.

Karlsruhe. Manuskripte nur einseitig beschreiben.


A. Erfurt. Die von Ihnen angegebene Änderung wird zum nächsten Erscheinen vorgenommen werden.

Anzeigen

Unsern lieben Kollegen Johannes Stegemann und seiner Gemahlin zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Stettin.

Zur Verlobung unserer Kollegin Frieda Drescher mit Herrn Georg Glahel die herzlichsten Glückwünsche.
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Sterbetafel



Am 28. Juli 1921 verstarb nach längerem Leiden unsere liebe Kollegin

Johanne Nilson
im blühenden Alter von 16 1/2 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Zahlstelle Harburg a. Elbe.

Am 21. August 1921 verschied nach langem, schmerzvollen Leiden im Alter von 43 Jahren unser lieber Kollege, der Expedient

Balthasar Weiser
(i. Fa. M. du Mont-Schauberg, Köln. Stg.)
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Köln.

Nach langem, schweren Leiden verstarb am 26. August unsere verehrte Kollegin

Martha Schote
im Alter von 21 Jahren.

Am 26. August verstarb nach einjährigem Krankenlager unser werter Kollege

Robert Wende
(Breslauer Neueste Nachrichten)
im blühenden Alter von 20 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen
Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Breslau.

Für unsere Kolleginnen

Hausfrau und Luxus.

Von Anna Bloß.

„Bei einem gesunden Volke ist auch der Luxus gesund, bei einem kranken Volke krankhaft. In der Geschichte eines jeden wirtschaftlichen Institutes läßt sich die Geschichte des vergangenen Volkes, gleichsam in verjüngtem Maßstabe, wiedererkennen. Solange der Wohlstand eines Volkes wächst, pflügt auch seine Konsumtion zu wachsen. Der Verfall beginnt, wenn bei stillstehendem oder gar abnehmendem Wohlstand die Konsumtion zu wachsen fortfährt. Alsdann ist jeder Luxus unflug. Nun pflügt aber der wirtschaftliche Verfall eines Volkes von den moralischen und politischen selten getrennt zu sein. Bei verfallenden Nationen ist der Luxus daher in der Regel auch unflüchtig.“ (Koscher, Luxus.)

Wie ein Mene Tefel starren mich diese Worte an, als ich gerade im Begriff bin, über das Thema „Hausfrau und Luxus“ zu schreiben. Es ist ein Thema, das jetzt viel behandelt wird, namentlich in Versammlungen, welche die Berufsorganisationen der Hausfrauen in den Städten einberufen. An die Spitze sollte man die Frage stellen: „Was ist überhaupt Luxus?“ Und diese Frage ist kaum zu beantworten. Was von einem das selbstverständliche scheint, bedeutet dem andern schon unerschwingliche Luxus. Johanna Kinkel schrieb einmal, wie gut es doch die Reichen hätten, die wenigstens im Welt blickden könnten, wenn sie krank wären. Krankheit ist für viele arme Luxus, leider ein Luxus, der sich nicht vermeiden läßt. Und so gibt es auch vieles, was arme als Luxus ansehen müssen, und was für die Gesundheit so notwendig ist, wie z. B. Bäder, Erholungszeit, häufiger Wäschewechsel, Butter, Eier, heute sogar Milch.

Als Luxus sollte man nur bezeichnen, was über die notwendigen Lebensbedürfnisse hinausgeht. Und im Grunde gehört auch die Befriedigung solcher Wünsche zum Luxusnotwendigen. Ein gutes Buch, ein schönes Theaterstück, eine Reise, ein frohes Fest, alles das sind Dinge, die bei einem gesunden Volke keineswegs als Luxus gelten sollten. Sie geben Lebensfreude, Lebensmut und tragen dadurch zur Gesundheit bei. Aber alles das ist Luxus für den Armen und wird mehr und mehr zum Luxus, wenn ein Volk verarmt. In dieser traurigen Lage sind wir heute. Koscher aber warnt, daß der Verfall beginnt, wenn bei stillstehendem oder gar abnehmendem Wohlstand die Konsumtion zu wachsen fortfährt.

Wer nur die Außenseite des Lebens in Deutschland heute betrachtet, der sieht nichts von einer Abnahme der Konsumtion. Die Mode, und nicht nur die Damenmode ist heute raffinierter, luxuriöser wie je. Die Strümpfe müssen aus Flor oder Seide sein, denn die Mode verlangt, daß man sie möglichst ausgiebig sieht. Die Preise der selben Strümpfe sind ungeheuer, ihre Dauer dafür um so kürzer, und gestopfte Strümpfe zu tragen, gilt Modedamen und Herren als plebejisch. Die hohen Stiefel oder tiefschneidigen Schuhe aus feinstem Leder mit sehr hohen Absätzen müssen natürlich der Eleganz der Strümpfe entsprechen. Die selben, mit kostbaren Spitzen besetzte Unterwäsche, die Kleider, Anzüge, Hüte, Sandalschuhe, der kostbare Schmuck waren nie so luxuriös wie gerade heute, wo immer von unserer großen Not gesprochen wird. Nicht anders ist die Lebenshaltung der Kreise, die mit ihrer Kleidung so großen Luxus treiben. In den feinen Hotels, den Kurorten, den teuren Restaurants wird geschmeißelt, so daß es für den, der nur diese Prasser sieht, scheinen muß, als ob Deutschland Ueberfluß an Lebensmitteln hat. In den Dörfern und sonstigen Berganwaldorten wird gekostet, als ob wir keinen Londoner Vertrag unterschrieben hätten. Gewisse Gewerbe, wie Friseur, Ondulieren, Maniküren, Pediküren und wie all die Manipulationen zur künstlerischen Verschönerung des Menschen heißen.

„Deutsche Hausfrauen, kauft keine englischen, französischen, belgischen Waren“ heißt es in den Werkstätten. In den Vorträgen wird auf die verschwendliche Haltung gewisser Kreise aufmerksam gemacht. Sehen wir dieses Leben und Treiben, dann begreifen wir, wie Koscher darauf hinweist, daß der wirtschaftliche Verfall eines Volkes von den moralischen selten getrennt zu sein pflügt. Er warnt davor, daß auch der politische Verfall selten davon getrennt zu sein pflügt. Die Vorträge sind gewiß gut gemeint, und die Veranstalterinnen sind ernst denkende Frauen. Aber die hinausgeht zu diesen Vorträgen, das sind gewöhnlich nicht die, welche Luxus treibender Art treiben. Erst Deutsche empfinden den Luxus als das, was er in der heutigen Zeit ist, als unflüchtig. Aber sie können ihm nicht feuern, denn ihre Macht ist gering. Die Luxus treibenden Menschen, das sind fast alles solche, die viel Geld haben, die leicht Geld verdienen und die Augen und Ohren verschließen vor dem Genuß der Allgemeinheit.

Es ist natürlich nicht anmaßlich, daß die Lebenshaltung aller die gleiche ist. Die Bedürfnisse und Gewohnheiten sind doch zu arunderschieden. Der Einkauf ausländischer Waren ist für die meisten Frauen eine Unmöglichkeit, der horrenden Preise wegen, aber ein Geschäftsmann sagte ganz mit Recht, die Waren würden nicht einsteuern, wenn sie nicht verlangt würden. Und würde man den öffentlichen Verkauf verbieten, so würden sich Hinterlistigkeiten finden.

So wie die Luxus treibenden Damen bleibt auch die große Masse der Frauen den Vorträgen fern. Der

Kampf, die Sorge um die Beschaffung der allerersten, notwendigen Lebensbedürfnisse reißt sie auf, macht sie apathisch. Der Begriff „Luxus“ überträgt sich bei ihnen auf so ziemlich alles, was notwendig ist für den Alltag. Auch der Besuch von Vorträgen ist für sie Luxus.

Aber gerade der große Gegensatz, der sich allmählich herausbildet zwischen einer kleinen Schicht der Bevölkerung, die Luxus treiben kann und der großen, der er verweigert ist, gibt Anlaß zu erster Sorge. Heute ist Luxus unflug. Böses Beispiel verdirbt gute Sitten. In den letzten Schichten, die sich jeden Luxus versagen müssen, wächst die Gier danach, wenn er ihnen so öffentlich vorgeführt wird. In dem wirtschaftlichen Verfall kommt also der moralische und schließlich der politische. Das muß zur Anarchie führen.

Wären unsere Feinde nicht gar so verblendet, so würden sie begreifen, daß sie uns davor bewahren müßten wirtschaftlich noch mehr zu verfallen, sondern uns helfen, wieder in die Höhe zu kommen. Dann würde auch unsere sittliche Kraft wieder wachsen und damit die Kraft, Auswüchse des Luxus zu bekämpfen. Das läßt sich nicht durch Vorträge erreichen, sondern dadurch, daß man unsern Volk zur Gesunderung verhilft, daß sich dann wieder gesunde Luxus leisten kann. Wächst Produktion und Konsumtion des ganzen Volkes, wird es sittlich und politisch wieder gesund. Das kann denen nur zum Vorteil gereichen, für die die drohende Anarchie in Deutschland auch schweren Schaden bedeuten kann.

Mich dünkt, daß diejenigen eine geringe Melanchole von ihrer Seele haben, die ihr agraes Einkommen für die Verfleugung des Körpers ausgeben und nichts davon anwenden, um sich die Mittel und Behilfen der Erkenntnis zu verschaffen, und es mit Aufriedenheit ertragen, wenn ihr Geist öffentlich in einer bunten Livree erdorrter Lumpen sich zelt.

Robt Bodt.

Zeit für edle Frauenpflichten.

Tages Arbeit in Fabriken;
Abends Arbeit hat zu Haus;
Sonntags: Waschen, putzen, flicken: —
Das ist unres Lebens Schmaus.

Zeit für edle Frauenpflichten!
Zeit für Kinder und Geschlecht!
Zeit, den Geist empor zu richten!
Zeit für uns! Ein Schrei nach Recht!

Zeit für uns! Du Schrei nach Freiheit
Und nach Recht aus Mütter Mund,
Hall in majestätischer Einbett
Siegreich durch das Erdenrund.

Robert Seibel.

Das Kind.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen“, so sprach der Nazarener, so fühlten alle tiefere, edlere Naturen der Geschichte. Alle empfanden etwas Heiliges im Kinde. Dieses Natürlichkeits, Treue, es war ihnen ein Gotteshauch. Das Kind war mehr als der Große, und darum: „So ihr nicht werdet wie eins von diesen.“

Wie kommt es aber, daß dieses Schöne, immer und immer wieder Bewundernde nur im Kinde ist, daß es schwindet, wenn das Kind reift, daß so oft nicht eine Spur mehr von diesem Göttlichen im Menschen existiert? Woher? Weil das Kind ins Leben reift, in dieses Leben, in das Alltagsleben mit seiner Milderheit, Selbstsucht, Berechnung. Da muß das Edel-Kindliche im Menschen schwinden, damit die Werte zur Entfaltung kommen können, die zur Erhaltung der Existenz erforderlich sind. Das Leben zwingt zu Nüchternem, Materiellem, zum Gemeinen, und darum hört der Mensch bald auf, ein Kind zu sein.

Nur in feierlichen Stunden, wenn der Mensch sich einmal aus dem Reue des kapitalistischen Seins herausgerissen, dann fähig er noch ein wenig Kind in sich, dann wenn die Freude einmal alle Ketten löst und nur das innerste Ich, die Seele bricht. Dann ist der Mensch Kind — Mensch, nichts als Mensch, rein und unbeschuldet von dem uralten Zwange draußen. Und ein Kind des neuen Menschen lebt dann in der Brust, des Menschen, der einmal nichts als Freude ist.

Der Kapitalismus ist der Feind des Kindes, und wenn wir ihn bekämpfen, so ist der schönste, letzte, idealste Erfolg dieses Kampfes der, daß das Kind im Menschen werden wird. Edel, lauter wird der Mensch sein, froh, lachend, sonnig. Wie das Kind.

Hausfrau und Beruf.

Die proletarische Frau.

Immer wieder stellt die Statistik fest, daß die Krankheitshäufigkeit bei der erwerbstätigen Frau größer ist als beim erwerbstätigen Mann. Nicht nur die Zahl der erkrankten Personen ist immer höher, sondern auch die Zahl der Krankheitsstage ist größer als beim Mann. In noch schlimmerer Weise als bei der körperlich schaffenden Frau tritt dieses Verhältnisutage bei den geistig tätigen Weiblichen. Hier ist die gesundheitliche Lage doppelt bis dreimal so schlecht als beim Mann, wie statistische Untersuchungen an Lehrern und Lehrerinnen in Stettin, Kiel, Mannheim, München, Hamburg und Magdeburg bewiesen haben. Trotzdem besitzen gerade diese intellektuellen Frauen das geringste Verständnis für die proletarische Bewegung. Aber auch die arbeitenden Frauen sehen unsern Kampf noch viel zu lässig gegenüber. Soweit sie beruflich tätig sind, haben sie ja wohl die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses mehr als früher erkannt, doch sieht es noch recht dunkel aus im Reiche der proletarischen Frauen ohne Beruf, der proletarischen Hausfrauen. Sie kennen keinen Achtungstag, und wenn die Gewerbebetriebe ihre Arbeitsbedingungen einmal feststellen würde, dann würden herrliche Zustände offenbar werden. Aber um die proletarischen Hausfrauen kümmert man sich nicht. Während alle weiblichen Berufe stattdlich erlaubt sind, fehlt uns jede Statistik, die die proletarischen Hausfrauen behandelt. So bleiben diese zweifelloso traurigen Krankheits- und Sterblichkeitsziffern dieser Frauenwelt auch weiter einwilligen vom Schleier der wissenschaftlichen Unfähigkeit bedeckt, weil die Frauen selber nicht tätig sind, weil sie ihr Los ertragen, statt eine Besserung zu erstreben. Wäre auch das Proletariat der Berufsarbeit von einer derartigen Gleichgültigkeit erlöst, so würden auch die sozialen Verhältnisse dieser Berufe noch höchst unklar und höchst mangelhaft sein. Wenn hier wenigstens etwas geschehen ist, so ist das allein die Folge des Zusammenschlusses.

Keine Arbeit vor der Geburt.

Nicht nur haben die Mütter und die Säuglinge unter den unangenehmen sozialen Verhältnissen zu leiden, sondern das soziale Leben wirkt schon auf die Frucht im Mutterleibe schädlich ein. Darüber schreibt Merletto in der Antiseptherapeutischen Wochenschrift. Vor allem haben die werdenden Mütter vor der Geburt zu ruhen. Arbeit bis zum Geburtstermin ist eine Gefahr für das Kind. Das ist besonders deutlich an dem Gewichte der Neugeborenen zu erkennen. Wenn die Mutter nämlich keinen Tag Ruhe vor der Geburt hatte, dann war das Gewicht des Neugeborenen 2752 Gramm. Hatte die Mutter dagegen 20 Tage vor der Geburt Ruhe gehabt, dann war das Gewicht des Neugeborenen schon 3012 Gr. Welche das wirtschaftliche Leben nicht auf diese Notwendigkeiten Rücksicht nehmen? Aber der Kapitalismus kennt nur Gewinn und nicht als Gewinn. Da kann nur Besserung eintreten, wenn sich die arbeitenden Frauen und Mädchen selber helfen.

Frauenarbeit und Säuglingssterblichkeit.

Wenn man die Zahlen über die Säuglingssterblichkeit mit den Angaben der Gewerbeinspektionen über die Fabrikarbeiterinnen vergleicht, dann findet man, daß die Säuglingssterblichkeit um so größer ist, je größer die Zahl der Fabrikarbeiterinnenkinder ist, die ohne Aufsicht und Pflege sind. Diese Zahlen sind leider recht hoch. In Ploentz waren 13, in Kassel 17, in Offenbach 13, in Magdeburg 18 und in Darmstadt gar 27 Prozent der Fabrikarbeiterinnenkinder ohne Pflege und Aufsicht. So sehen diese proletarische Säuglinge zurunde, weil die Frau zur Erwerbsarbeit gezwungen ist, obwohl sie eigentlich nichts als Mutter sein dürfte.

Die Frauen in den englischen Gewerkschaften.

Wie in den deutschen, so ist auch in den englischen Gewerkschaften die Zunahme der weiblichen Mitglieder besonders groß. Am Jahre 1918 wurden in England etwas über 650 000 weiblicher Gewerkschaftsmitglieder gezählt, deren Zahl schon Ende 1915 auf mehr als 500 000 angewachsen war. Das ist das Beweiskraft des im Kriege zu beobachtenden Bestandes der weiblichen Organisierten. In einzelnen Gewerben ist allerdings die Zahl der organisierten Frauen wesentlich zurückgegangen. In Betracht kommt zuerst dabei das Transportgewerbe, das 80 Prozent weiblicher Arbeiter weniger zählt. Das hängt zusammen mit der durch das Kriegsende bedingten Demobilisierung der Eisenbahner und anderer Transportarbeitergruppen.

Wer ein Kind will erziehen, achte darauf,
Daß nicht Zwang einengte ihm seinen Lauf!
Man lasse es wachsen in Freiheit und Fülle,
Laß es tollern durch Lärm und durch Stille, —
Ach — die Blumen der Jugendjahre
Schmücken noch oft die ältesten Haare!